

Deutsche Zentralasienpolitik

Ohkrimenko, Aleksandra

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ohkrimenko, A. (2020). Deutsche Zentralasienpolitik. In J. Menzer (Hrsg.), *Deutschland und seine östlichen Nachbarn: Eine Studie zur Gestaltung einer "vorausschauenden Außenpolitik"* (S. 75-83). Opladen: Budrich UniPress Ltd. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-66512-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more Information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Deutsche Zentralasienpolitik

Aleksandra Ohkrimenko

Einleitung und Problembeschreibung

Seit den 1990er Jahren kennzeichnet den postsowjetischen Raum eine wachsende Bedeutung der zentralasiatischen Region. Zu Zentralasien zählen fünf postsowjetische Länder – Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan, Kirgistan und Tadschikistan. Ein enormes wirtschaftliches Potenzial und gleichzeitig hohe regionale Stabilitäts- und Sicherheitsrisiken, die direkt und indirekt auch Europa auch betreffen, machen Zentralasien umso bedeutsamer für die politische und sicherheitspolitische Agenda.

Die Europäische Union öffnete sich für Zentralasien erst in den Jahren 1995-1996 mit der Unterzeichnung der Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) mit Kirgisien, Kasachstan und Usbekistan. Momentan basieren die Kooperationen zwischen Europa und Zentralasien auf der in 2007 vom Rat der Europäischen Staats- und Regierungschefs verabschiedeten Strategie „EU und Zentralasien – eine Partnerschaft für die Zukunft“. Obwohl die Effektivität der Strategie nicht unbestritten war, blieben die strategischen Ziele und Umsetzungsmethoden Europas in Zentralasien jahrelang gültig. Mit der letzten Überprüfung der Strategie im März 2016 wurde festgestellt, dass

„sich der bisherige strategische Ansatz der Ausgestaltung der Beziehungen mit den zentralasiatischen Ländern nur begrenzt als tragfähig und erfolgreich erwiesen hat, sowie dass die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und den Zielländern der Zentralasien-Strategie keinen relevanten Ausbau erfahren haben, die angestrebte Förderung der regionalen Kooperation und Integration der zentralasiatischen Länder im Wege eines Erfahrungs- und Normentransfers seitens der EU stagniert und die EU bisher auch keinen relevanten Beitrag zur Lösung der gravierenden sozialökonomischen Probleme und Umweltprobleme sowie zur Modernisierung der zentralasiatischen Gesellschaften ausgehend von den Werten und gesellschaftlichen Modellen und Konzepten der EU leisten konnte“.¹

1 Meszerics, Tamás, Bericht über die Umsetzung und Überarbeitung der Zentralasienstrategie der EU –Plenarsitzungsdokument 2015/2220(INI), Europäisches Parlament, Brüssel, 8. März 2016, S. 8

Es ist Deutschlands Aufgabe, als einer der wichtigsten europäischen Akteure auf einer strengen Umsetzung der überarbeiteten Zentralasienstrategie zu bestehen und aktiv nach einem starken Kooperationspartner in der Region zu suchen, um die Ziele der Strategie durchzusetzen.

Die tiefe Spaltung innerhalb der EU zeigt ihre begrenzte Fähigkeit, auf der Weltbühne als Global player mit einheitlicher Außenpolitik zu handeln. Die wichtigste Institution der gemeinsamen Außenpolitik der EU ist das Amt des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik. Derzeit hat diese Position Federica Mogherini inne, die de facto das Amt koordiniert, aber keine Machtbefugnisse hat. Die hohe Verflechtung von nationalen und supranationalen Interessen erschwert den Entscheidungsprozess, indem die Meinungen von allen 27 Staaten Berücksichtigung finden sollen. Zu einem großen Teil wird das außenpolitische Potenzial der EU durch Widersprüche auf der Kommunikationsebene zwischen den Außenministerien der EU-Mitgliedsländer und den supranationalen EU-Institutionen – also der Europäischen Kommission, dem Rat der Außenminister und dem Rat der Europäischen Union – begrenzt. Eine solche Komplexität der außenpolitischen Koordinierung führte dazu, dass Deutschland in der für seine Interessen relevanten zentralasiatischen Region politisch inaktiv ist und im Vergleich weit hinter anderen regionalen Akteuren wie den USA, Russland und China agiert. Aus diesem Grund ist es für deutsche Außenpolitik äußerst relevant, eine eigene Strategie und einen eigenen Aktionsplan gegenüber Zentralasien zu entwickeln.

Relevanz für die deutsche Außenpolitik

Die Folgen der Radikalisierung Zentralasiens für Deutschland

Unter besonderer Berücksichtigung der deutsch-zentralasiatischen Handels- und Energiebeziehungen steigt die Relevanz Zentralasiens für die deutsche Außenpolitik von Jahr zu Jahr. Um die Effektivität der Beziehungen zu gewährleisten, spielt der Erhalt der politischen und sicherheitspolitischen Stabilität in Zentralasien eine entscheidende Rolle.

Die Situation in der zentralasiatischen Region wird aktuell durch eine Reihe von sozialwirtschaftlichen Faktoren erschwert. Dazu gehören innenpolitische und sozialwirtschaftliche Instabilität, ethnische Konflikte, Eliteauseinandersetzungen, soziale Ungleichheit und wenig effektive staatliche Institutionen. Eine unmittelbare Bedrohung für die zentralasiatischen Länder stellt außerdem das instabile Afghanistan dar. Obwohl es keinen direkten Zusammenhang zwischen den zentralasiatischen Staaten und den innenpolitischen

Prozessen in Afghanistan gibt, beeinflusst das Land die meisten sicherheitspolitischen Probleme Zentralasiens. Es besteht die ständige Gefahr, dass der Bürgerkrieg in Afghanistan erneut ausbricht und sich Kriegshandlungen auf die nahe gelegenen zentralasiatischen Staaten, in erster Linie auf die Territorien Tadschikistans, Turkmenistans und Usbekistans, ausbreiten. Eine besondere Bedeutung hat die hohe Konzentration von Vertretern zentralasiatischer extremistischer Organisationen an der nördlichen Grenze Afghanistans, die mit dem Daesh, dem sogenannten „Islamischen Staat“, mit Hizb-ut-Tahrir und Al-Kaida eng verbunden sind. Insbesondere ist zu befürchten, dass sich der sogenannte „Batken Krieg“ in Kirgisien (1999) wiederholt, wenn alle zentralasiatischen Staaten und die Mitglieder der Organisation des Vertrags für kollektive Sicherheit (OVKS) inklusive Russland in Konflikt geraten. Eine besondere Gefahrengruppe stellen ethnische Usbeken, Tadschiken und Kasachen dar, die sich an der Islamischen Bewegung Usbekistans (IBU) aktiv beteiligt haben und gemeinsam mit der IBU an der Seite des IS kämpfen.

Die Radikalisierung der zentralasiatischen Staaten stellt eine unmittelbare Gefahr für Deutschland dar. Eine Aktivierung der radikalen islamischen Bewegungen sowie der Verstärkung des Terrorismus in Zentralasien würde vor allem zur sozialpolitischen Instabilität beitragen. Das könnte wiederum zu einem ansteigenden Flüchtlingsstrom nach Europa sowie zum Zusammenbruch der deutsch-zentralasiatischen Handelsbeziehungen führen. Unter Berücksichtigung der zunehmenden Armut in Zentralasien² entsteht ein weiteres regionales Problem mit der Herstellung und Lieferung von Drogen – in erster Linie Heroin - aus Afghanistan durch Zentralasien nach Russland und Europa. Wenn die Situation in Zentralasien sich verschlechtert, ist eine Aktivierung des Drogentransits in Richtung Europa zu erwarten. Die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht berichtet, dass die Opiumherstellung in Afghanistan auf einem insgesamt hohen Niveau bleibe.³ Der Heroin-Markt ist der zweitgrößte illegale Drogenmarkt in der EU mit einem geschätzten jährlichen Umsatz von 6,8 Mrd. Euro.⁴

2 Bevölkerunganteil unterhalb nationaler Armutsgrenze: Afghanistan – 39,1 Prozent, Tadschikistan – 32,0 Prozent, Kirgisien – 30,6 Prozent, Usbekistan – 13,7 Prozent, Kasachstan – 2,8 Prozent; vgl. Asian Development Bank: Basic statistics, 2016, <https://www.adb.org/publications/basic-statistics-2016> (zuletzt geöffnet: 15. Juli 2019)

3 Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht/Europol: EU-Drogenmarktbericht – Ein strategischer Überblick, EMCDDA-Europol-Veröffentlichungsreihe, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg, 2016, S. 8

4 Ebenda, S. 8

Russland als Kooperationspartner in der Region

Die Auswirkungen des „Arabischen Frühlings“ reduzierten das Interesse von westlichen Ländern für eine weitere Demokratisierung Zentralasiens. Stattdessen werden die Kooperationsprojekte mit den Ländern der Region intensiviert. Im Rahmen des europäischen Instruments für die Entwicklungszusammenarbeit (DCI) stehen den zentralasiatischen Ländern etwa 1 Milliarde Euro für den Zeitraum 2014 – 2020 zur Verfügung. Das entspricht einem Anstieg von 56 Prozent gegenüber dem Programmplanungszeitraum 2007 - 2013.⁵ Dies eröffnet viele europäisch-zentralasiatische Kooperationsmöglichkeiten.

Da Deutschland im Vergleich zu Russland, den USA und China in Zentralasien unterrepräsentiert ist und viel weniger Einfluss hat, wäre es sinnvoll, mit Russland als regionalem Partner enger zusammenzuarbeiten. Eine derartige Kooperation könnte für Deutschland sehr hilfreich sein, die bestehenden Netzwerke zwischen Russland und Zentralasien im eigenen Interesse sicherheitspolitisch zu nutzen.

Die von Zentralasien ausgehenden sicherheitspolitischen Herausforderungen gewinnen in Russland an Bedeutung. In den letzten fünf Jahren stellte Russland etwa 4,5 Milliarden US-Dollar im Rahmen der Entwicklungshilfe für die zentralasiatische Region bereit, davon 2,7 Milliarden US-Dollar bilateral und 1,7 Milliarden US-Dollar durch internationale Organisationen.⁶ Wie Europa interessiert sich auch Russland für die regionale Stabilität der Region, für die Eindämmung des internationalen Terrorismus und die Bekämpfung der Drogen- und Waffenlieferungen aus Zentralasien. Die sicherheitspolitische Aufgabe Russlands in Zentralasien besteht in erster Linie in der Förderung der stabilen innenpolitischen Situation in den zentralasiatischen Ländern. Russland trägt zur Gewährleistung der Sicherheit in der Region bei, indem große internationale wirtschaftliche Projekte wie die im Jahr 2015 gegründete Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU) realisiert und die Tätigkeit der bestehenden regionalen sicherheitspolitischen Organisationen aktiviert werden, darunter die Organisation des Vertrags für kollektive Sicherheit (OVKS) und die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ). Mithilfe von Softpower erweitert Russland seine Einflusszonen in

5 European Parliament: Resolution on implementation and review of the EU-Central Asia Strategy – Resolution 2015 /2220(INI), Europäisches Parlament, Brüssel, 13 April 2016, S. 4

6 Außenministerium der Russischen Föderation: *Rossia i Centralnaya Aziya*, Moskau, 2016, in: <http://www.mid.ru/rossia-i-problemy-central-noj-azii>, (zuletzt geöffnet: 21. Dezember 2018)

Zentralasien, um auf der Basis der historischen, sprachlichen und kulturellen Gemeinsamkeiten neue politische Bündnisse im postsowjetischen Raum aufzubauen.

Zusammen mit Russland sollte Deutschland eine neue Interpretation der Terrorismusbekämpfung in Zentralasien erarbeiten. Zur Terrorismusbekämpfung gehört, den Lebensstandard der zentralasiatischen Bevölkerung zu erhöhen sowie Grenzen zu sichern, Armut und Korruption zu bekämpfen und neue Technologien zugänglich zu machen. Um die Effektivität und die Kohärenz der Zusammenarbeit zu steigern, ist es notwendig, Unterschiede zwischen den zentralasiatischen Ländern zu akzeptieren und die individuellen Beziehungen zu den Ländern auszubauen. Das russische Modell der bilateralen Kooperationen mit den zentralasiatischen Staaten könnte hierbei ein gutes Beispiel für die Entwicklung der deutsch-zentralasiatischen Partnerschaften sein.

Handlungsoptionen deutscher Außenpolitik

Um die deutschen nationalen Interessen in Zentralasien zu gewährleisten, ist eine intensivere Zusammenarbeit innerhalb Deutschlands auf den Ebenen des Auswärtigen Amtes, der Bundesregierung sowie der Wissenschaftsgemeinde notwendig.

Die Hauptaufgabe der deutschen Außenpolitik und vor allem des Auswärtigen Amtes besteht in der Ausschöpfung des diplomatischen Potenzials für die Verstärkung der Kooperation mit Russland. Eine Ausweitung des deutschen Engagements an einer diplomatischen Lösung des russisch-ukrainischen Konflikts ist als wichtiger Teil der deutschen Sicherheitsstrategie zu verstehen. Lösungen zur Abschaffung der wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland gehören dringend auf die deutsche politische Tagesordnung. Nach Einschätzungen von Experten betragen die weltweiten Verluste wegen der gegen Russland verhängten Sanktionen sowie der russischen Sanktionen gegenüber der EU seit Beginn des Konflikts bis Juni 2015 etwa 60,2 Milliarden US-Dollar, davon entfielen 76,7 Prozent der Verluste auf die Länder der EU.⁷ Die politische Konfrontation zwischen Russland und dem Westen ist für alle Konfliktbeteiligten wirtschaftlich nachteilig. Vielmehr sollte sich Deutschland engagieren, um die wirtschaftliche Kooperation mit der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) zu intensivieren. Die wirtschaftliche Kooperation mit Russland und den anderen Mitgliedern der EAWU kann in

7 Crozet, Matthieu/Hinz, Julian, Collateral Damage – The Impact of the Russia Sanctions on Sanctioning Countries' Exports, CEPII Working Paper, Paris, 2016, S.20-22

diesem Kontext als Armutsbekämpfung in der zentralasiatischen Region betrachtet werden.

Zur Stärkung der deutschen Positionen in Zentralasien ist es notwendig, einen detaillierten Kooperations- und Maßnahmenplan unter besonderer Berücksichtigung des Entwicklungsniveaus und der innenpolitischen Besonderheiten des jeweiligen zentralasiatischen Landes zu erarbeiten. Zentralasien muss neu definiert und nicht mehr undifferenziert als „Anhängsel“ Osteuropas gesehen werden. Vielmehr sollte der Begriff „Zentralasien“ auch Afghanistan, Pakistan und die Mongolei einschließen und als „Großes Zentralasien“ betrachtet werden.

Um den Einfluss der regionalen Akteure mit niedrigen demokratischen Standards zu vermeiden, ist die Interaktion zwischen Deutschland und Zentralasien auf der Regierungsebene zur Unterstützung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, der Beachtung von Menschenrechten sowie der Meinungs- und Pressefreiheit zu fokussieren. Dabei spielen politische Bildung, Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung eine entscheidende Rolle, die bei interministeriellen Debatten aufgegriffen werden sollten. Es ist außerdem nötig, die Zusammenarbeit mit den Reformkräften in den zentralasiatischen Regierungen und Parlamenten zu intensivieren.

Dennoch muss Deutschland seine wirtschaftlichen Interessen in Zentralasien angesichts der Gewährleistung von deutscher Energiesicherheit und der hohen Abhängigkeit Deutschlands von Energielieferungen aus Russland klar definieren. Laut der Expertenprognose werden die Erdöl- und Erdgaspreise in den nächsten drei bis vier Jahren niedrig bleiben.⁸ In diesem Zusammenhang wächst die Bedeutung der innenpolitischen und vor allem der sozialen Stabilität in den zentralasiatischen Ländern. Eine wirtschaftliche Krise würde unmittelbar zur weiteren Verarmung der zentralasiatischen Bevölkerung führen, was wiederum zum Anstieg der internationalen Kriminalität führen könnte. Zur Bekämpfung der internationalen organisierten Kriminalität, darunter Drogentransfer, illegale Migration und Waffenhandel muss in Kooperationen im Sicherheitsbereich mit den zentralasiatischen Regierungen, rechtswahrenden Institutionen und staatlichen Behörden investiert werden.

Die Bildung von Thinktanks⁹ auf der Ebene der deutschen und zentralasiatischen Wissenschaftsgemeinde könnte einen wesentlichen Beitrag zur Klärung der bestehenden Situation und zur Analyse der möglichen Entwicklungen in Zentralasien leisten. Es wäre sinnvoll, innerhalb eines Thinktanks Kontakte mit den Menschen aufzubauen, die in den zentralasiatischen Län-

8 56,7 USD/Barrel und 5,5 USD/mmBTU in 2019 entsprechend: World Bank: Commodities Price Forecast, 19 April 2016, in: <http://pubdocs.worldbank.org/en/173911461677539927/CMO-April-2016-Historical-Forecasts.pdf>, (zuletzt geöffnet: 21. Dezember 2018)

9 Interdisziplinäre Expertengruppen, die sich mit der Entwicklung von Ideen, Lösungswegen für bestehende Probleme sowie der Entscheidungsfindung beschäftigen.

dem unmittelbar Entscheidungen treffen und nationale Agenden erarbeiten. Da eine offene Diskussion auf höherer Ebene oft unmöglich ist, ist es notwendig, die Thinktanks als Plattformen zur Erörterung der Handlungsmotive von regionalen Akteuren zu entwickeln und somit politische und diplomatische Spannungen sowie gegenseitiges Misstrauen in der Region abzubauen.

Entwicklungsszenarien der deutsch-zentralasiatischen Zusammenarbeit

Gegenwärtig ist die deutsch-zentralasiatische Zusammenarbeit oft mangelhaft, fahrlässig und unspezifisch. Deutschland verfolgt die Situation passiv, anstatt sich aktiv zu beteiligen. Wenn Deutschland sich nicht an den politischen Prozessen Zentralasiens präventiv beteiligt und die Sicherheitsrisiken weiter ignoriert, besteht möglicherweise die Gefahr, dass Zentralasien ein neuer Herd globaler Instabilität wird. Eine Wiederholung des syrischen Szenarios könnte im zentralasiatischen Raum möglich sein. Wie Syrien könnte Zentralasien zu einem Konfliktherd werden, in dem die Interessen von autoritären Machthabern und äußeren Akteuren wie Russland, China und den USA sowie den aufsteigenden radikalen islamischen Bewegungen wie Daesh, Hizb-ut-Tahrir und Al-Kaida aufeinander treffen. Wenn die Situation eskaliert, werden Europa und vor allem Deutschland erneut vor einer Welle von Kriegsflüchtlingen stehen, was seinerseits neue finanzielle Herausforderungen für den Staatshaushalt mitbringt.

Die Rolle russischer Konfliktpräventionsmechanismen in der Region ist nicht zu unterschätzen. Russland besitzt eine Reihe von Militärbasen im postsowjetischen Raum, die im Falle des Kriegsszenarios eine entscheidende Rolle spielen würden. Aus diesem Grund ist eine weitere politische und diplomatische Konfrontation mit Russland für die deutsche Außenpolitik keine Option. Vor den deutschen Diplomaten steht die Aufgabe, ein sensibles Gleichgewicht in den Beziehungen zu Russland und den zentralasiatischen Ländern zu erhalten. Moskau unterstützt die autoritären Machthaber Zentralasiens, um den politischen Status quo in den ehemaligen Sowjetländern zu erhalten und bremst daher demokratische Reformen in der Region. Aufgrund des langfristigen Stagnierens von demokratischen Prozessen könnten eventuelle Unruhen in der Region zur brutalen Unterdrückung seitens zentralasiatischer Regierungen mit hohen Opferzahlen führen, wie es zum Beispiel im usbekischen Andizhan in 2005, im kirgisischen Osh in 2010 und im kasachischen Zhanaozen in 2011 geschah. Russische Unterstützung für die autoritären zentralasiatischen Regime ist kein universelles Mittel für den Erhalt der sozialen Stabilität in der Region. Im Gegenteil, eine derartige Politik führt vielmehr zur Verschlechterung der innenpolitischen Situation und zur Steige-

rung von sozialer Unzufriedenheit innerhalb der zentralasiatischen Bevölkerung.

Dennoch ist festzuhalten, dass es bei einer aktiven Zusammenarbeit Deutschlands mit den Ländern Zentralasiens eine Chance für die Entwicklung und den Erhalt von langfristiger Stabilität in der Region geben könnte. Die Entwicklung von Kooperationen mit Russland im sicherheitspolitischen Bereich und die aktive Unterstützung der Zusammenarbeit mit der Eurasischen Wirtschaftsunion würde Deutschland nicht nur offensive wirtschaftliche Vorteile bringen, sondern auch seine wirtschaftliche und politische Position in Zentralasien festigen. Die Kooperation bietet eine Möglichkeit, transkontinentalen Handel auf der Achse Deutschland – Russland – China zu entwickeln. Vor allem eine aktive Umsetzung des 2013 ins Leben gerufenen Konzepts der „Neuen Seidenstraße“ gibt Deutschland die Gelegenheit, seine energiewirtschaftlichen Interessen durch eine Diversifizierung der Energieversorgung zu schützen. Den größten indirekten Effekt von dieser Kooperation werden die nationale Volkswirtschaften der zentralasiatischen Länder haben. Durch die Intensivierung des transkontinentalen Handels werden die zentralasiatischen Staatseinnahmen durch Transiteinnahmen und die Entwicklung der entsprechenden Infrastruktur steigen. Die Staaten Zentralasiens können dabei die Rolle einer wichtigen Anlauf- und Umverteilungsstelle von Gütern im Transithandel von China nach Europa spielen.

In der langfristigen Perspektive würde das verstärkte Engagement Deutschlands als regionaler Akteur eine deutliche Diversifizierung des russischen, chinesischen und amerikanischen Einflusses in der Region erlauben, was zur diplomatischen Entspannung führen könnte. Dabei kann der Grad der politischen und sozialen Stabilität in Zentralasien als Indikator des Erfolgs deutschen Handelns in der Region gesehen werden.

Fazit

Im Hinblick auf die Komplexität des europäischen Entscheidungsprozesses und der hohen Aktivität von Großmächten wie Russland, China und den USA in der zentralasiatischen Region steht Deutschland vor der Aufgabe, eine eigene Strategie gegenüber Zentralasien zu entwickeln und umzusetzen. Die langfristige politische und soziale Stabilität in Zentralasien ist eine Chance, dass sich das syrische Kriegsszenario nicht wiederholt, welches Deutschland derzeit wirtschaftlich und politisch herausfordert.

Aufgrund der ausgeprägten islamischen Radikalisierung ist Zentralasien in Gefahr, unter die Kontrolle der islamistischen Bewegungen zu geraten, was einen direkten Einfluss vor allem auf die deutsche Energiesicherheit ausüben würde. In diesem Zusammenhang wächst die Bedeutung der präven-

tiven Maßnahmen gegen Terrorismus, Drogenlieferungen und illegale Migration.

Die Stabilisierung von demokratischen Reformen in der Region, die Unterstützung von wirtschaftlicher Diversifizierung sowie die aktive bilaterale Zusammenarbeit und der Aufbau von Thinktanks könnten das regionale Konfliktpotenzial senken und somit den negativen Einfluss Zentralasiens auf Europa begrenzen. Eine diplomatische Lösung der russisch-ukrainischen Streitigkeiten würde Deutschland erlauben, eine strategische wirtschaftliche und sicherheitspolitische Partnerschaft mit Russland in Zentralasien zu entwickeln. Diese Partnerschaft würde in einer langfristigen Perspektive einen wesentlichen Beitrag zum Ausbau des transkontinentalen Handels zwischen der EU, der Eurasischen Wirtschaftsunion und den ASEAN-Staaten mit China leisten. Die Transiteinnahmen und der Ausbau der benötigten Infrastruktur könnten einen unmittelbaren positiven Effekt auf die innenpolitische Situation in den zentralasiatischen Ländern haben.